

Das Vorbild Steiermark wankt

Die Ursachen für die schweren Verluste der Reformregierung bei den Wahlen sind vielfältig – Grosser Unmut über die Gemeindefusionen

Die Reformregierung der Steiermark galt oft als Vorbild für ganz Österreich. Die schweren Wahlverluste stellen dies allerdings infrage. Besonders die Strukturreform sorgt für Missstimmung.

Meret Baumann, Pichl-Kainisch

Auf den sanft geschwungenen Hügeln, umrahmt von dramatisch steilen Felsklippen, liegen zerstreut einige Häusergruppen im für die Region typischen Chaletstil. Viele Fensterbänke sind mit Geranien geschmückt, und angesichts des stahlblauen Himmels und der warmen Temperaturen lassen nur die sich bräunlich verfärbenden Baumwipfel erahnen, dass hier bald Schnee liegen wird. Nur selten unterbricht das Geräusch eines Autos auf den kurvenreichen Strassen das monotone Bimmeln der Kuhglocken. In Pichl-Kainisch im steirischen Salzkammergut scheint die Welt in Ordnung und Österreich tatsächlich noch jene Insel der Seligen zu sein, als die es gern bezeichnet wird.

Politisches Erdbeben

Doch die Idylle trägt. In der Gemeinde, die nur 760 Einwohner zählt, herrscht Unmut, der sich bei der Nationalratswahl von Ende September in einem politischen Erdbeben entladen hat. Die zuvor dominierenden Sozialdemokraten (SPÖ) stürzten um über 30 Prozentpunkte auf knapp 7 Prozent Stimmenanteil ab. Nicht viel besser erging es der bürgerlichen Volkspartei (ÖVP), sie verlor gut 21 Prozentpunkte und kam noch auf 11 Prozent. Nirgends in Österreich verloren die beiden Traditionsparteien zusammen mehr Stimmanteile. Der



Franz Voves
Landeshauptmann

Manfred Ritzinger
Bürgermeister

Grund für das Debakel der sowohl in der Steiermark als auch auf Bundesebene regierenden Parteien ist offensichtlich. Schon neben der Zufahrtsstrasse zum Dorf macht ein Plakat darauf aufmerksam, dass sich 98 Prozent der Befragten in Pichl-Kainisch gegen die von der Landesregierung im Rahmen der Strukturreform geplante Fusion mit den Nachbargemeinden Bad Mitterndorf und Tauplitz ausgesprochen haben.

Auf dem Gemeindefest wählt Bürgermeister Manfred Ritzinger in einem Stapel von Unterlagen und versucht zu erklären, wie es dazu gekommen ist. Seit 23 Jahren ist er im Amt, bereits fünf Mal wurde er gewählt. Mit der Reform werde die Gemeinde dafür bestraft, dass gut gearbeitet worden sei. Er weist auf die solide Finanzlage, die Pichl-Kainisch im Vergleich mit den anderen beiden Gemeinden zum Nettozahler machen würde. Ritzinger ist stolz auf die Ansiedlung der Ausseer Kälte- und Edelstahltechnik GmbH (AKE) vor gut zehn Jahren, die mit inzwischen 140 Mitarbeitern eine der grössten Arbeitgeberinnen der Region ist. Seit 2006 sei in der Folge das kommunale Steueraufkommen um 60 Prozent gewachsen, und sogar die Bevölkerung habe um 3 Prozent zugenommen.

Das sei auch der Grund, weshalb man in Bad Mitterndorf für die Fusion sei. «Die wollen unser Geld, die wollen uns nicht, weil wir so lieb und so fesch sind!», ereifert sich Ritzinger. Ihm geht es aber auch ums Prinzip. Er wisse, dass zur Effizienzsteigerung eine Strukturreform nötig sei. Bereits 2002 beschloss er mit seinen Kollegen der Gemeinden des Ausseerlandes (Altaussee, Bad Aussee, Bad Mitterndorf, Grundlsee, Pichl-Kainisch und Tauplitz) eine Ko-



Im idyllischen Dorf Pichl-Kainisch haben die Nationalratswahlen ein politisches Erdbeben ausgelöst.

ERICH HAGSPIEL / BIG SHOT

operation. Vorreiter sei man gewesen, und gegen eine Fusion aller dieser Gemeinden hätte Ritzinger nichts einzuwenden. Der nun vorgelegte Plan sei aber willkürlich und von politischen Motiven geleitet, vermutet er. Zudem habe niemand den finanziellen Nutzen darlegen können. Am meisten stört Ritzinger aber, dass der im Januar in einer Bürgerbefragung unmissverständlich geäußerte Wille ignoriert werde, obwohl Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) immer versprochen habe, es werde nicht «drübergefahren».

«Es hat weh getan»

«Drüberfahren», dieses Wort fällt auch im Gespräch mit den Einwohnern Pichl-Kainischs immer wieder. In den Produktionshallen der AKE werden Kühlgeräte hergestellt, die an Fachhändler in aller Welt geliefert werden. Diese Arbeiter bildeten die Klientel der SPÖ in der an sich konservativen Gegend. Doch nun haben die meisten erstmals andere Parteien gewählt: die Freiheitlichen (FPÖ) natürlich, die Grünen, Stronach, sogar Neos und die Piraten werden genannt. Ausschlaggebend war in erster Linie die Gemeindefusion. Man befürchtet, dass die Kinder bald nicht mehr in Pichl-Kainisch die Volksschule besuchen könnten, der Schnee nicht rechtzeitig geräumt werde, das Dorf finanziell ausblute.

Sogar der Geschäftsführer Helmut Pilz stösst ins gleiche Horn. Er denke global und baue in diesem «Kuhdorf» modernste Maschinen, in der Reform

ist eng verbunden mit dem Charisma und dem sozialen Engagement ihres ehemaligen Gemeinderats Ernest Kaltenegger, der den Kommunisten in den letzten zehn Jahren zu anachronistischer Stärke verhalf. Auch das deutschnationale Lager ist in Graz von Bedeutung, was mit der plötzlichen Grenzlage der Stadt nach dem Zerfall der Monarchie sowie mit

Stimmenstärkste Partei pro Bundesland

Nationalratswahl vom 29. September



QUELLE: ÖSTERREICHISCHES INNENMINISTERIUM

NZZ-INFOGRAFIK/efl.

sehe er keinen Vorteil. Die Bevölkerung werde zu wenig ernst genommen, sagt eine Verkäuferin im Supermarkt des Dorfes, die 30 Jahre lang in der Schweiz gelebt hat. «In der Schweiz wäre das unmöglich!» Sie habe deshalb keine der beiden ehemaligen Grossparteien gewählt. Landeshauptmann Voves hört den Vergleich mit dem Nachbarland allerdings nicht gern. Man habe nicht dieselbe Reife, und überhaupt könne man nicht jede Blume, jeden Maikäfer und jeden Regenwurm nach seiner Meinung fragen, wettete er kürzlich in einem Interview. Es sind Aussagen wie diese, die Ritzinger dazu bewogen haben, kurz vor der Wahl nach fast 30 Jahren aus der SPÖ auszutreten und erstmals die Grünen zu wählen. «Es hat weh getan», sagt er dazu.

Voves dagegen stellt sich auf den Standpunkt, dass von 382 von der

Reform betroffenen Gemeinden bis Ende September über 300 den Fusionsplänen zugestimmt haben, 70 Prozent mit einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen. Die Regierung habe Hunderte von Gesprächen geführt, und jede Bürgerinitiative, die den Kontakt gesucht habe, sei angehört worden. Unter 20 Prozent der Zusammenlegungen erfolgten unfreiwillig per Gesetz, bei der letzten Strukturreform vor 44 Jahren seien es über 80 Prozent gewesen.

Prestigeprojekt

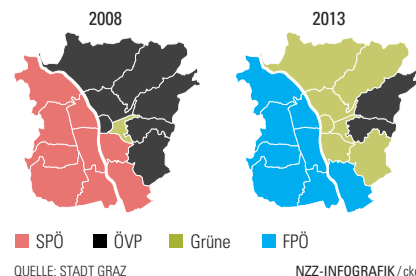
Das Vorhaben, das die Anzahl Gemeinden in der kleinteiligen Steiermark ab 2015 von 542 auf 288 reduzieren soll, ist eines der Prestigeprojekte der sogenannten Reformpartnerschaft, die Voves und der steirische ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer vor drei Jahren

Graz – die geteilte Landeshauptstadt

den Burschenschaften an den Universitäten erklärbar ist. Die FPÖ stellte von 1973 bis 1983 mit Alexander Götz sogar den Bürgermeister. Schliesslich ist Graz die erste Grossstadt, in der die Grünen Erfolg hatten. Sie schafften bereits 1983 und damit drei Jahre vor dem Einzug der Umweltpartei ins Bundesparlament mit sieben Prozent den Sprung in den Gemeinderat. Bei der Nationalratswahl haben die traditionell schwarzen Bezirke mehrheitlich grün gewählt, die roten dagegen die blaue FPÖ. Während ehemalige SPÖ-Wähler vor allem der von der Landesregierung eingeführte Pflegeregress (vgl. Hauptartikel) ärgerte, spiegelt sich im Resultat der ÖVP ihre Schwäche bei einer städtisch-intellektuellen Wählerschaft. Insgesamt wurden die Grünen mit knapp 22 Prozent erstmals stimmenstärkste Kraft in Graz vor den Freiheitlichen mit gut 19 Prozent. SPÖ und ÖVP verloren deutlich und landeten nur auf den blamablen Plätzen drei und vier.

Stimmenstärkste Parteien in Graz

Bei Nationalratswahlen, nach Bezirken



QUELLE: STADT GRAZ

NZZ-INFOGRAFIK/efl.

geschlossen, und die immer wieder als Vorbild für die Bundesregierung bezeichnet wurde. Die Parteien einigten sich damals nach Jahren des Streits und der gegenseitigen Blockade auf eine echte Zusammenarbeit im Hinblick auf strategische Ziele und insbesondere die Sanierung der desolaten Finanzlage. Dabei sollten die Belastungen des strikten Sparkurses auf die Klientel beider Parteien ähnlich verteilt werden.

In Pichl-Kainisch verlor die SPÖ am stärksten, insgesamt trafen die Zwangsfusionen aber vor allem die ÖVP, deren Hausmacht in den kleinen Gemeinden und bei den vielen schwarzen Bürgermeistern liegt. Über 120 steirische Gemeinden haben sich gegen die Reform zusammengeschlossen und vor der Wahl zum Boykott von Rot-Schwarz aufgerufen. Zwar sind es überwiegend Klein- und Kleinstgemeinden, doch in vielen verloren ÖVP und SPÖ erdrutschartig. Zudem wirkte der Protest gegen das «Drüberfahren» über die betroffenen Gebiete hinaus.

Demgegenüber litt die SPÖ stark unter den beschlossenen Einschnitten im Sozialbudget und unter der Wiedereinführung des sogenannten Pflegeregresses, mit dem Kinder unter gewissen Bedingungen zur Übernahme von Kosten zur Pflege ihrer Eltern verpflichtet werden. Weder die Strukturreform noch der Pflegeregress waren Kernthemen der FPÖ. Diese instrumentalisierte aber den Unmut darüber in ihrer Kampagne geschickt. Die Folge war das landesweit beachtete Resultat der Steiermark. SPÖ und ÖVP brachen je über fünf Prozentpunkte ein und wurden von der FPÖ überholt, die fast sieben Prozentpunkte dazugewann.

Der in den Analysen oft gezogene Schluss, dass die Bundesregierung von den Wählern für den Stillstand bestraft wurde, die steirische Regierung dagegen für ihre Reformen, greift für den an der Universität Graz lehrenden Politologen Joseph Marko aber zu kurz. Dieses Paradoxon gebe es zwar, und Protest gegen die Reformen sei tatsächlich einer der Gründe für das schlechte Abschneiden von SPÖ und ÖVP in der Steiermark. Eine Rolle spielte zudem der Steirer Frank Stronach, der in seiner Heimat Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen hat und mit rund zehn Prozent einen doppelt so hohen Stimmenanteil wie im Rest des Landes erreichte.

Im Resultat spiegelt sich für Marko aber auch die gesamtösterreichische Entwicklung: Die Volksparteien verlieren an Anziehungskraft. In der Steiermark wirke sich dies aufgrund der Bevölkerungsstruktur überproportional aus. Seit den Privatisierungen nach 1989 und mit steigender Arbeitslosigkeit habe die FPÖ in der industriell geprägten Obersteiermark sowie in der Umgebung von Graz stetig auf Kosten der SPÖ zulegen können. Nicht nur in der Steiermark haben sich die Freiheitlichen zur eigentlichen Arbeiterpartei entwickelt. Unter Haider war es der FPÖ ausserdem gelungen, in die ländlich-agrarischen Hochburgen der ÖVP in der Unter- und Oststeiermark einzudringen, was sich bereits bei den letzten drei Landtagswahlen gezeigt hat.

Fusionen berühren Emotionen

Zwar hätten die Gemeindefusionen das zentrale Thema Identität berührt und grosse Emotionen geweckt, meint Marko. Doch er bewertet die soziostrukturellen Probleme von SPÖ und ÖVP als entscheidender, zumal sich diese aufgrund der demografischen Entwicklung noch akzentuieren werden. Der baldige Verlust der Mehrheit sei sicher, wenn es Rot-Schwarz nicht gelinge, Kernwähler zurückzugewinnen oder neue Schichten zu erschliessen. Vielleicht seien die durchaus sinnvollen steirischen Reformen und der neue Stil dafür mittelfristig doch der richtige Weg. Eine Prognose für die Landtagswahl 2015 wagt Marko jedenfalls nicht. Es sei durchaus möglich, dass die Wähler das Projekt dann honorieren. Ein abschreckendes Signal nach Wien dürfe die steirische Momentaufnahme deshalb nicht sein.